

#1925: Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Anspruch auf "Wistleblowing" in der kantonalen Verwaltung**Details**

Geschäftsart	Motion
Grad	
Publikation	alle
Eingereicht am	02.07.2009
Eingereicht von	Justizprüfungskommission erweitert
Abgeschlossen am	31.10.2013
Status	abgeschlossen
Zuständig	Finanzdirektion
Verfahrensstand	31.10.2013: Erledigterklärung
Frist	30.06.2013

Geschäftsverlauf

Erledigterklärung 31.10.2013
Erheblicherklärung 01.07.2010
Traktandiert 16.03.2010
Traktandiert für 1. Juli 2010

Geschäft-Nr.	ID	Laufnummer	Titel	Versanddatum
1925	1	13371	Bericht und Antrag des Regierungsrats	01.04.2014

Überweisung an Regierungsrat 02.07.2009
Einreichung 02.07.2009

Einreichung von Kommissionsmotionen bzw. -postulaten der erweiterten JPK: Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Anspruch auf «Whistleblowing» in der kantonalen Verwaltung: Motion (Motion CVP-Fraktion: Auftrag an die Justizprüfungskommission zur vertieften Untersuchung der Vorkommnisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug (1683): KR: Kenntnisnahme des Untersuchungsberichtes.)

Datenmigration 01.01.2000
Referenzen

- 2194 Änderung des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz)
- 1924 Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Einführung eines einheitlichen und umfassenden Absenzenmanagements durch das Personalamt
- 1923 Motion erw. JPK. Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen, damit der Generalsekretär den aktuellen Stand sämtlicher wichtiger Geschäfte kennt und verpflichtet ist, bei Ausfall des Direktionsvorstehers dem stv. RR-Mitglied die nötigen Infos weiterzugeben
- 1922 Postulat der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Abklärung des Gefährdungspotenzials, insbesondere Begünstigungspotenzial, bei Verwaltungshandlungen innerhalb der gesamten kantonalen Verwaltung und bei Bedarf Treffen von Massnahmen
- 1683 Motion der CVP-Fraktion betreffend Auftrag an die Justizprüfungskommission zur vertieften Untersuchung der Vorkommnisse im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug